

Automobilkonzerne und Regierung zur Rechenschaft ziehen!

Fahrverbote treffen am härtesten Arbeiterinnen, Arbeiter, Angestellte, Erwerbslose, Rentnerinnen, Rentner - Leute, die sich kein neues Auto leisten können. Oder es nicht wollen, weil sie sich im Vertrauen auf die Regeln dieser Gesellschaft ein Auto beschafft haben, um es lange genug zu fahren. Als Kollegen und Bürger akzeptieren wir nicht, dass gerade die arm und schwach gemachten Menschen dieser Gesellschaft in unzumutbarer Weise von Fahrverboten ge-

troffen und faktisch (teil)enteignet werden. Es gibt schon Kolleginnen oder Kollegen, die mit ihren alten, aber unverzichtbaren Diesel-Fahrzeugen „schwarz“ durch Stuttgart fahren, einfach weil sie sie brauchen und sich ein neues Fahrzeug nicht leisten können. Wie lang soll das gutgehen? Sie können auch nicht die Verkaufsfördermaßnahmen nutzen. Diese greifen erst, wenn ich mir überhaupt einen Neukauf erlauben kann – und will. **Da zeigt sich, dass es in**

dieser Gesellschaft Klassen gibt.

Deshalb, um die Interessen der Arbeitenden zu schützen, ist die Forderung richtig, auf diese Fahrverbote zu verzichten!

Wir sind für Umweltschutz - auch im Interesse unserer Familien und von uns selbst. Doch dazu müssen die Verantwortlichen herangezogen werden, nicht die arbeitenden Menschen!

Die Verantwortlichen heißen: Kapital und die Regierung des Kapitals, die Bundesregierung!

Die Verantwortung für Klima- und Umweltpolitik und ihre aktuellen Maßnahmen tragen CDU, SPD und die Grünen. **Sie haben die geltenden Gesetze beschlossen!** Und sie verkauften und verkaufen diese als Maßnahmen für eine saubere und gesunde Umwelt. **Lügen!!**

Der derzeitige so genannte Verkehrsminister der CSU, Andreas Scheuer, der bei Maibritt Illner den Kollegen Sakkaros auf offener Bühne verarschte, weigert sich, gedeckt von der gesamten Bundesregierung, die anderen Verantwortlichen, die Automobilindustrie-Vorstände per Gesetz und Verordnung zu zwingen, die bewiesenen Betrügereien auf Kosten des Kapitals, zu

beseitigen. Um es beim Namen zu nennen: Auf Kosten von Mercedes, VW, Ford, und wie sie alle heißen und der hinter ihnen stehen die Finanzmonopole!

Die Bundesregierung vertritt offen die Interessen des Großkapitals (das ist die Autoindustrie). Verantwortung trägt genauso das Großkapital der Automobilindustrie. Die vielfach anonymen Eigentümer, Kapitalisten, Groß-Banken, Großaktionäre profitierten mit Milliarden vom KFZ-Absatz. Das gilt auch für die Vorstände.

Nie vergessen: Der Ex- VW-Boss, der Herr Prof. Winterkorn, der vom Abgasskandal nichts gewusst haben will, verdiente 17 Millionen Euro im Jahr. (Wofür

kassiert der eigentlich seine Millionen?) Sie denken auch jetzt gar nicht daran, Autos herzustellen, die die Umweltgrenzwerte einhalten. Obwohl sie das behaupten und ihren Kunden beim Verkauf weismachten. Sie sollen öffentlich eingestehen, wenn sie dazu technisch und technologische unfähig sind! Wir fordern:

Das Kapital, die Automobilkonzerne haben zu liefern bzw. nachzurüsten, was sie versprechen - in „Hardware“, nicht in dubiosen und für Laien undurchschaubaren „Software“-Updates!

Wenn wir von Frankreich lernen, dann die große Parole zahlloser Streiks und Aufstände dort:

Tous ensemble Contre le Capital! Alle gemeinsam gegen das Kapital!

Wenn wir Gelbe Westen tragen, bedenken wir, was diese Bewegung in Frankreich in ihrem „Generalaufruf“ sagt:

„Wir lehnen uns gegen die hohen Lebenshaltungskosten auf, gegen die Unsicherheit und die Armut. Wir wollen in Würde für unsere Lieben, unsere Familien und unsere Kinder leben. 26 Milliarden besitzen so viel wie die Hälfte der Menschheit ... Teilen wir den Reichtum statt das Elend! Der sozialen Ungleichheit ein Ende! Wir fordern ... sofortige Erhöhung der Löhne, der sozialen Mindeststandards, der Zula-

gen und Renten, ein bedingungsloses Recht auf Wohnung und Gesundheit, Bildung und kostenlose öffentliche Dienste für alle.“

Ziehen auch wir für dieses Programm Gelbe Westen an!

Was spricht dagegen, dass wir in diesem

Sinn einen zigfach besseren öffentlichen Nahverkehr zum Nulltarif fordern? Wir wollen gemeinsam eine saubere gesunde Umwelt, Die genannten Chef/innen und Kapitalbosse – sie verwüsten unsere Umwelt!

Wer ist "Arbeit Zukunft"?

„Arbeit Zukunft“ ist die Zeitung der „Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Wir wollen eine starke Kommun-

istische Partei, in der die Interessen der Arbeiter und unteren Angestellten voran stehen. Wir kämpfen für einen Sozialismus, der aus den Fehlern und Mängeln der Vergangenheit lernt. In unseren Reihen kämpfen Genossinnen und Genossen unterschiedlicher Herkunft vereint: Ehemalige Mitglieder von KPD, DKP, MLPD. Wir meinen: Das Gemeinsame muss im Vordergrund stehen, um wieder eine starke KP zu schaffen. Wo immer möglich, arbeiten wir mit anderen zusammen.



Abo oder Kontakt?

Normal-Abo

Ich bestelle die Zeitung »Arbeit Zukunft« für 1 Jahr (6 Ausgaben) **zum Preis von 12.- Euro** inkl. Versand. Wird das Abo nicht 4 Wochen vor Ablauf gekündigt, verlängert es sich um ein Jahr.

Probe-Abo

Ich möchte die Zeitung »Arbeit Zukunft« zweimal kostenlos zur Probe.

Kontakt

Ich möchte Kontakt zu euch.

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Tel.: _____ e-mail: _____

Unterschrift: _____

Ankreuzen und einsenden an:

Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

oder Fax an 07159 / 4200 175

oder e-mail an webmaster@arbeit-zukunft.de